



Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges  
Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW)

Henrik Paulitz

Rede am 11. Februar 2012  
auf dem Paradeplatz in Mannheim  
anlässlich der Atomkatastrophe in Fukushima

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,

in Fukushima wurde zweieinhalb-mal so viel radioaktives Xenon freigesetzt wie in Tschernobyl. Die Cäsiummenge betrug rund 40 Prozent von Tschernobyl. Verseucht wurden riesige Landesteile im Norden und Osten, aber auch im Süden Japans. Selbst über dem Großraum Tokio mit seinen mehr als 36 Millionen Einwohnern gingen etwa zehn Tage nach Beginn der Katastrophe nicht unerhebliche Cäsium-Mengen nieder.

Die Folgen: Kontaminiertes Trinkwasser, Säuglingsmilch und Nahrungsmittel wie Milch, Reis, Gemüse, Früchte, Fleisch und Tee.

Der Pazifische Ozean wurde sowohl über die Luft als auch über die Einleitung von kontaminiertem Wasser mit gigantischen Mengen an radioaktiven Substanzen verseucht. Wesentliche Nahrungsmittel der Japaner wie Algen, Muscheln und Fische sind selbst außerhalb der japanischen Hoheitsgewässer erheblich kontaminiert.

Es kann jederzeit und überall zu einer solchen Katastrophe kommen. Vor Fukushima gab es in den vergangenen Jahren eine Reihe von Vorkommnissen in Atomkraftwerken, die nach offiziellen Bewertungen leicht zu einem Kernschmelz-Unfall hätten führen können. Zuletzt bestand vor gut drei Wochen am 18. Januar im französischen Cattenom die Gefahr, dass es in einem Brennelementbecken zur Kernschmelze kommt – gerade mal rund 150 Kilometer von Mannheim entfernt.

In Deutschland sind noch immer neun Atomkraftwerke in Betrieb. Anlagenvergleiche haben ergeben, dass diese in Teilbereichen sicherheitstechnisch schlechter sind als die stillgelegten Altreaktoren. Ein Beispiel: Die essentiell wichtige Notfallmaßnahme der primärseitigen Druckentlastung funktioniert in dem zuletzt in Deutschland errichteten Atomkraftwerk Neckarwestheim-2 bei Leck-Störfällen nicht. Es kann daher jeden Tag hier in der Region zur gefürchteten Hochdruckkernschmelze kommen, bei der der Reaktordruckbehälter wie eine Rakete das Containment durchschlägt und es zu frühen und massiven Freisetzungen von Radioaktivität kommt.

Aber jetzt wiederholt sich das Spiel wie vor der Stilllegung der Altanlagen – auch hier in Baden-Württemberg. Von Sicherheitsdefiziten will man nichts wissen. Alles sei sicher. Die Herausgabe von Dokumenten wird so gut als möglich verzögert und verhindert. Auf klare Fragen gibt es keine klaren Antworten. Man gibt sich offen, wenn es um politische Leerformeln geht, macht aber nervös zu, wenn es allzu konkret um gefährliche Sicherheitslücken geht.

Der Atomstaat funktioniert. Auch nach Fukushima. Man will den Betreibern nicht wehtun, schließlich handelt es sich für viele Politiker oder Aufsichtsbeamte um den künftigen Arbeitgeber. Hermann Scheer hat immer wieder gesagt: Korruption funktioniert in Deutschland so: Bezahlt wird hinterher.

Rezzo Schlauch mäßigte die Grünen bei den Verhandlungen um den so genannten Atomkonsens. Später wurde er als Beiratsmitglied vom Atomkonzern EnBW bezahlt. Gerhard Schröder half als Bundeskanzler den Energiekonzernen mit der Genehmigung von standortnahen Atommüll-Lagern und vielem mehr aus der Patsche. Heute wird er von der Energiewirtschaft fürstlich entlohnt.

Oder nehmen wir Gerald Hennenhöfer: Er war ein sehr zahnloser Chef der deutschen Atomaufsicht. Dann wechselte er in die Atomindustrie und wurde von dieser bezahlt. Doch damit nicht genug: Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde Hennenhöfer 2009 erneut Chefkontrolleur der Atomindustrie. Als solcher versuchte er auch nach Fukushima noch, jegliche atomkritische Bestrebungen zu verhindern.

Über jeden Dritte-Welt-Staat würde man bei solchen Zuständen herziehen und abfällig sagen, das sei doch eine Bananen-Republik. Geht es um Deutschland, dann spricht man, wenn überhaupt vornehm davon, das habe ein „Gschmäcke“.

Dass die Kontrolle der Atomindustrie und die Gewaltenteilung nicht funktionieren, zeigte sich auch bei der Klage der IPPNW auf Stilllegung des Atommeilers Biblis B. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof schaffte es jahrelang, sehr freundlich Schriftsätze unter den Verfahrensbeteiligten hin- und herzuschicken. Die Klage an sich aber blieb gänzlich unbearbeitet, obwohl die beklagte Atomaufsicht den zentralen Vorwurf zugegeben hatte, dass das Atomkraftwerk nicht mehr dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik genügt.

Hier in Baden-Württemberg haben wir nun die missliche Lage, dass die neue Landesregierung, die theoretisch atomkritisch ist, erkennbar ein hohes Interesse an den Einnahmen des wieder landeseigenen Atomkraftwerksbetreibers EnBW hat. Eine

atomkritische Landesregierung, die ein fiskalisches Interesse am Weiterbetrieb ihrer beiden verbliebenen Atomkraftwerksblöcke hat ... schöner kann ein Atomstaat nicht funktionieren!

Wie hat man sich das eigentlich vorzustellen, mit den Riesen-Gewinnen mit Atomkraftwerken? Diese Anlagen produzieren Strom, aber kein Geld. Wir haben uns so sehr an den Gedanken gewöhnt, dass Atomkraftwerke Milliardengewinne bringen, dass wir gar nicht mehr darüber nachdenken, dass die tatsächlichen Gelddruckmaschinen im Auftrag der Notenbanken irgendwo herumstehen, aber definitiv nicht in Atomkraftwerken. Diese Anlagen produzieren Atommüll und Strom - aber kein Geld. Wie also kann diese neue Landesregierung Geld aus Philippsburg und Neckarwestheim herausholen?

Das Geheimnis verrät die Bilanz der E.On Kernkraft GmbH. Die Tochter von Deutschlands größtem Atomkraftwerksbetreiber realisierte im Jahr 2006 eine Eigenkapitalrendite von 280 Prozent. Was heißt das? Drucken die E.On-Atomkraftwerke also doch Geld? Nein, natürlich nicht, auch bei E.On-Kernkraftwerken kommt nur Atommüll ins vermeintliche Zwischenlager und Strom aus der Steckdose.

280 Prozent Eigenkapitalrendite klingen unglaublich bestechlich. Wenn unsereins Geld bei der Bank anlegt, dann bekommen wir für unser Eigenkapital vielleicht 1 oder 2 oder auch mal sechs Prozent. Als Herr Ackermann von der Deutschen Bank vor Jahren konzernweit 25 Prozent Eigenkapitalrendite anstrebte, empörte sich die Republik.

Aber die Atomindustrie, bei der natürlich auch die Deutsche Bank ihre Finger im Spiel hat, fährt da mal locker 280 Prozent Rendite ein. Das ist zwar für manche skandalös. Für andere aber, also für diejenigen, die an eine Karriere nach der Karriere nachdenken, Politiker also, einfach nur genial. Man kann mit diesen Anlagen also scheinbar doch gleichzeitig Strom, Atommüll und jede Menge Geld produzieren.

Aber vielleicht handelt es sich doch nur um eine gemeine Abzocke. Jeder kleine Betrüger lebt davon, dass seine Opfer seine billigen Tricks nicht durchschauen, obwohl sie, wenn man sie kennt, auf der Hand liegen.

Vielleicht muss man sich gedanklich mal von den Atomkraftwerken lösen und einfach nur über das Geld an sich nachdenken. Jeder kennt das: Da bucht der Stromversorger regelmäßig einen nicht unerheblichen Betrag vom eigenen Konto ab und man kann nichts dagegen machen. Und das bei Millionen Haushalten in ganz Deutschland. Da wird also bei Millionen Bundesbürgern Geld eingesammelt, ohne dass ein Atomkraftwerk in Sicht wäre.

Und genau das ist der Trick: Wir glauben nur allzu häufig, diese Geld-Einsammelei hätte einen direkten Bezug zu Atomkraftwerken oder so. Dabei besteht der direkte Bezug eigentlich nur zu Unternehmen, die sich erdreisten, regelmäßig Geld von unserem Konto abzubuchen.

Und das ist nun wirklich der Trick, den wir verstehen müssen, wenn wir uns schützen wollen – wie vor jedem anderen Betrüger: Man produziert in längst abgeschriebenen Atomkraftwerken unter privilegierten Randbedingungen sehr kostengünstig Strom,

verlangt dafür exorbitant hohe Preise und realisiert auf diese Weise Traumrenditen von 280 Prozent oder mehr.

Und dieses System soll nun auf die Zeit nach Fukushima übertragen werden.

Neuerdings ist viel die Rede von einer Energiewende und von angeblich notwendigen Stromtrassen. Und Frau Merkel hat für diesen Modernisierungskurs vor ein paar Monaten einen echten Sympathieträger engagiert, den Vorsitzenden der Ethikkommission, Ex-Umwelt- bzw. Atomminister Klaus Töpfer. Seine Ethikkommission erklärte der Republik die neue Politik: Energiewende gleich neue Stromtrassen gleich höhere Strompreise. ---

Diese Formel erzielt viel Zustimmung in der Politik, bei Medien und selbst bei manchen unkritischen Umweltverbänden. Und es vergeht seitdem kein Tag, an dem die neue Gleichung nicht über die Massenmedien in die Köpfe gehämmert wird: Energiewende gleich neue Stromtrassen gleich höhere Strompreise.

Es wird uns also erzählt, die Strompreise müssten schon wieder steigen. Dafür braucht man natürlich eine Begründung, denn man kann den Leuten ja nicht erzählen, dass da wenige Unternehmen auch weiterhin 280 Prozent Rendite erzielen wollen – oder mehr. Das fände niemand gut, also braucht man eine gefällige Begründung: Die Energiewende. Und man braucht eine neue Technik anstelle der Atomkraftwerke: Die Stromtrassen.

Wenn die Konzerne den Strom in der Nordsee produzieren, in Norwegen in riesigen Speichern zwischengelagern und wir hier in Mannheim den Strom dann wieder aus Norwegen importieren wollen, dann brauchen wir viele dicke neue Leitungen von Norwegen bis nach Mannheim. Das klingt auf den ersten Blick ziemlich verführerisch.

Dass allerdings die Norweger längst erklärt haben, dass sie nicht den Stromspeicher für Europa spielen werden, interessiert Frau Merkel nicht. Es bleibt dabei: Energiewende, gleich Stromtrassen und Strompreiserhöhung. Denn höhere Strompreise sind das, was die Konzerne wollen und deswegen bleibt es dabei: basta.

Dass die Solarstromanlagen der Bürger überall in Deutschland gerade jetzt rund 5 Gigawatt Strom ins Netz einspeisen und oftmals sogar schon mehr als 12 Gigawatt, so viel wie 10 Großkraftwerke, darüber spricht Frau Merkel nicht. Davon ist auch in den Massenmedien erstaunlich wenig zu lesen und zu hören. Solarstrom von Bürgern? Was ist das? Für diese braucht man keine dicken Stromleitungen von Norwegen bis Mannheim. Damit lassen sich keine höheren Strompreise und keine Renditen von 280 Prozent erzielen. Solarstrom aus Bürgerhand taugt also nicht für Frau Merkels Energiewende. Denn da gehen ja die Konzerne leer aus und die Bürgerinnen und Bürger machen das Geschäft.

Und deswegen ist man in Zeiten der Energiewende auch nicht zimperlich und erklärt mal kurzerhand der Photovoltaik, also dem Solarstrom aus Bürgerhand den Krieg. Im Bundeswirtschaftsministerium denkt man seit Fukushima angestrengt nach, wie man den Solarstrom-Ausbau erfolgreich bekämpfen kann.

Da senkt man beständig die Einspeisevergütungen, aber alles hilft nichts, denn Solarstrom wird immer günstiger und das Volk baut Solaranlagen. In den vergangenen zwei Jahren wurden jeweils 7 bis 8 Gigawatt zugebaut, obwohl die Regierung dem Volk verordnet hat, dass es nur 3,5 oder gar nur ein Gigawatt sein soll. Doch das Volk macht einfach, was es will. Es baut Solaranlagen. Und in den Konzernen und in der Regierung denkt man angestrengt nach, wie man dem Volk nach wie vor etwas von der Energiewende mit dicken Stromleitungen und dicken Stromrechnungen erzählen kann, ohne dass da neue Solaranlagen gebaut werden. Denn die will man nicht. Die Photovoltaik ist die Energiequelle des Volkes und die bringt den Konzernen keine 280 Prozent Rendite. Deswegen soll sie weg.

Das ist das Gleiche wie mit dem Öl und dem Gas. Das soll auch von wenigen Konzernen durch wenige dicke Leitungen zu den Bürgern fließen, damit diese dicke Rechnungen bezahlen und wenige Großkonzerne und Banken hohe Renditen erzielen. Und dafür brauchen die Konzerne den Zugriff auf die Öl- und Gasquellen dieser Welt. In dem Maße, in dem sie diese Energiequellen monopolisieren, können sie die Preise diktieren. Billig aufkaufen und teuer weiterverkaufen. Das ist das Prinzip, mit dem man Traumrenditen erzielt.

Und deswegen gibt es immer wieder Krieg ausgerechnet in Weltregionen, in denen viel Öl und viel Gas zu holen ist. Diese Kriege bezahlen ja nicht die Konzerne, sondern wir mit unseren Steuergeldern. Sie schmälern also nicht die Renditen der Konzerne.

Unsere Bitte ist:

Machen wir all dem einen Strich durch die Rechnung. Reden wir nicht mehr über Energiewende. Reden wir über Photovoltaik! Reden wir nicht mehr über Offshore-Windenergie. Reden wir über die Photovoltaik und über Energie in Bürgerhand.

Reden wir darüber, dass wir Kriege um Energie perspektivisch verhindern können, wenn wir die Photovoltaik und dezentrale Energiespeicher überall vor Ort ausbauen.

Und reden wir darüber, dass wir es nicht länger akzeptieren, dass Konzerne uns dicke Rechnungen schicken, nur um eine Eigenkapitalrendite von 280 Prozent oder mehr zu erzielen.

Vielen Dank